



DER FREIE BAUER

LANDWIRTSCHAFTSZEITUNG FÜR OBERÖSTERREICH

IM GESPRÄCH: LH-STV. DR. MANFRED
HAIMBUCHNER

„Unsere gewachsene Landwirtschaft muss erhalten bleiben!“

Im Gespräch mit dem „Freien Bauern“ bekräftigt FPÖ-Landesparteiobmann Manfred Haimbuchner die Wichtigkeit der Landwirtschaft für Oberösterreich. Nur mit starken Bauern kann es Ernährungssicherheit geben.

Seiten 10-11



FPÖ IN DER LANDESREGIERUNG HAT GEWIRKT:

Wollen wir Oberösterreich weiter auf Erfolgskurs? - Nur mit uns!

Seiten 4 5

STARKE UNWETTER IN OBERÖSTERREICH:

Die jüngsten Unwetterereignisse in Oberösterreich richteten über 13 Millionen Euro Schaden an - auch der Rest des Landes ist betroffen.

Seite 6 7

WIE STARTET MAN DIE EICHENOFFENSIVE?

Im Zuge des Waldumbaus erlangen Bestandesbegründungen mit Eiche immer mehr Bedeutung. Was sagt die Wissenschaft?

Seite 12-13

EINHEITSWERT UND BESTEUERUNG:

Eine historische Betrachtung des Einheitswertes und warum die Einrechnung der EU-Ausgleichszahlungen ungerecht ist.

Seite 12-13

VERFASSUNGSGERICHT UND CORONA:

Seit Beginn der Corona-Verordnungen wurden in 13 Fällen die Maßnahmen aufgehoben. Es ist Zeit für ein Eilverfahren vor dem VfGH!

Seite 18

Österreichische Post AG - SP 07Z037583S

Ausgabe 03/21 (17.09.2021)

Der Freie Bauer - Landwirtschaftszeitung für Oberösterreich
Freiheitliche Bauernschaft OÖ, Blütenstraße 21/1, 4040 Linz
Kontakt: redaktion@derfreiebauer.info, www.derfreiebauer.info



Foto: pexels.com/Kecin Malik

MINISTERIN KÖSTING Unlautere verletzung

Im April 2019 wurde vom EU-Rat eine neue Richtlinie für mehr Fairness für landwirtschaftliche Erzeugnisse beschlossen. Unter österreichischer Ratspräsidentschaft wurde hart verhandelt. Die Umsetzung in nationales Recht scheiterte bislang an Wirtschaftsministerin Schramböck.

Wie das Agrarische Informationszentrum kürzlich berichtete, hat die EU-Kommission gegen Österreich und 11 weitere Mitgliedsstaaten Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet, da diese die EU-Richtlinie zum Verbot unlauterer Handelspraktiken im Agrar- und Lebensmittelsektor nicht bis zum 1. Mai 2021 umgesetzt haben. Neben Österreich wurde Belgien, Estland, Frankreich, Italien, Polen, Portugal, Rumänien, Slowenien, Spanien, Tschechien und Zypern eine Frist von zwei Monaten gewährt um auf die „förmlichen Aufforderungsschreiben“ der EU-Kommission zu reagieren. Unlautere Handelspraktiken, die künftig verboten werden sollen, sind beispielsweise verspätete Zahlungen und kurzfristige Stornierun-

LEBENSMITTELDISKONTER ÄNDERT AGRARSTRUKTUR:

Die Agrarwende bei Aldi

Der Aldi-Konzern plant offenbar über seine Handelspolitik einen Strukturwandel in der Landwirtschaft zu erzwingen. Über den Einkauf wächst der Einfluss auf die Landwirte.

Aldi Süd und Nord haben verkündet, ab 2030 nur noch Frischfleisch der höchsten Haltungsform anbieten zu wollen. Aldi scheint damit eine weitgehend standardi-

sierte Nutztierhaltung mit weniger Tieren erzwingen zu wollen. Landwirte werden dann nur noch am Markt bestehen können, wenn sie sich langfristig an große Partner

binden. Ihre unternehmerische Freiheit büßen sie dabei aber großteils ein.

Kritiker befürchten, dass die Großen der Fleischwirtschaft das Angebot schaffen werden: Mit langfristigen Verträgen und einer vertikalen Integration, wie man sie bereits bei Geflügel erlebt habe und nun immer mehr bei Schwein und Rind sehe.

Die Fleischunternehmen werden das Geld für den Umbau der Tierhaltung liefern, allerdings nur bei so vielen landwirtschaftlichen Betrieben, wie sie für den Handel brauchen und nur dann, wenn diese Betriebe sich langfristig an sie binden.



ANTEIL DER LANDWIRTSCHAFT NIMMT IMMER WEITER AB:

Wertschöpfung sinkt

In Österreich trägt die Landwirtschaft maßgeblich zum Wohlstand bei, allerdings hat das volkswirtschaftliche Gewicht in den letzten Jahren abgenommen. Betrug der Anteil der Landwirtschaft an der Wertschöpfungskette

Agrargüter, Lebensmittel und Getränke im Jahr 2005 noch 20,2%, so verringerte sich dieser im Jahr 2019 auf 17,5%. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt der Volkswirtschaft sank der Anteil um ein Zehntel, und zwar von 0,9 auf 0,8%.

Foto: pexels.com/Karolina Grabowska

EU FINANZIERT KORRUPTION IN OSTEUROPA:

Subventionen versickern

Die EU finanziert die Landwirtschaft Osteuropas jährlich mit Milliarden an Subventionen. Davon profitieren vor allem mafiose Strukturen und Oligarchen. Eine Untersuchung der New York Times, die 2019 in neun Ländern durchgeführt wurde, ergab, dass das EU-Subventionssystem absichtlich undurchsichtig ist,

die Umweltziele der EU grob untergräbt und von Korruption durchdrungen ist.

Das System der EU-Agrarsubventionen wird auch weiterhin undurchsichtig bleiben, weil Brüssel auf die

Gunst der ost- und südeuropäischen Länder, die durchgehend mit dem Austritt aus der EU drohen, angewiesen ist.



Foto: pixabay.com/USA-Reiseblogger

ER UND SCHRAMBÖCK REAGIERTEN VIEL ZU SPÄT:

Handelspraktiken: Vertragsverfahren gegen Österreich

gen von Bestellungen für verderbliche Lebensmittelzeugnisse, einseitige oder rückwirkende Vertragsänderungen, erzwungene Zahlungen des Lieferanten für die Verschwendung von Lebensmitteln als auch die Ablehnung schriftlicher Verträge. Für Landwirtschaftsministerin Köstinger, ist die Tatsache des Vertragsverletzungsverfahrens insofern peinlich, da sie sich im Vorfeld der Verhandlungen medial besonders hervorgetan hat. Am 9. April 2019 ließ das Landwirtschaftsministerium verlautbaren: „Im heutigen Rat der EU wurde die neue Richtlinie für mehr Fairness für landwirtschaftliche Erzeugnisse mit großer Mehrheit beschlossen. Dem gingen monatelange Verhandlungen und die Einigung im Dezember unter österreichischer Ratspräsi-



Foto: flickr.com/Oleg Popov (EU2018BG), (CC BY 2.0)

dentschaft voran.“ Ministerin Köstinger freute sich mit den Worten: „Mit dieser Richtlinie machen wir Schluss mit unfairen Praktiken gegenüber den Schwächsten in der Lebensmittelversorgungskette. Wir haben es geschafft, für die Richtlinie eine Einigung zu erzielen.“ Und: „Wir wer-

den uns unmittelbar an die Umsetzung machen.“ Noch peinlicher ist die Tatsache, dass ihre Parteifreundin Margarete Schramböck als Wirtschaftsministerin für die Umsetzung der EU-Richtlinie verantwortlich ist und die Frist scheinbar verschlafen hat.

KÖSTINGER VERSUCHT SICH ALS „RETTERRIN“:

Austro-Kritik an neuer EU-Forststrategie

Die Forstwirtschaft liegt eindeutig im Zuständigkeitsbereich der Mitgliedsstaaten und dürfe nicht auf EU-Ebene geregelt werden, so Ministerin Köstinger.

Dies ist eine Reaktion auf den Vorschlag der EU-Kommission für eine neue EU-Waldstrategie. Köstinger sagte, sie sei zwar „prinzipiell“ für die Ziele der neuen Waldstrategie der EU. Allerdings befürchte man angesichts der geplanten Regelungen einen Rückgang der Holzproduktion um

zehn Prozent. Dies wäre ein schwerer Schlag für die heimische Branche.

Die Ministerin betonte des Weiteren die Bedeutung der Branche für das Land und seine Nachhaltigkeitspolitik: Nachwachsende Rohstoffe sollten Vorrang haben.

Auch der Forstverband übte Kritik: Die EU versuche, ihre verspätete Reaktion auf den Klimawandel durch eine „Überforderung“ der Forstwirtschaft wettzumachen und entziehe den Betrieben damit ihre Einkommensgrundlage.



Foto: pixabay.com/hagenstaadt



KOMMENTAR

Ing. Franz Graf

KRASSE WÄHLER-TÄUSCHUNG

Bei jeder LK-Vollversammlung wird uns erklärt, dass es den Bauern eigentlich eh gut geht, weil die Kammer und der Bauernbund uns bestens vertreten. Nur vor wichtigen Wahlentscheidungen überschlagen sich die selben Vertreter, Ministerin Köstinger und Kammerpräsident Moosbrugger mit Forderungen an die Regierung. Und das obwohl Frau Köstinger dieser Regierung angehört und sie fachlich zuständig ist, sowie es auch alle ihre VP-Vorgänger waren. Das ist nicht glaubwürdig und reine Wählertäuschung. Aktuelles Beispiel ist unsere jahrzehntelange Forderung nach einer durchgängigen Kennzeichnung für alle Lebensmittel. Diese hat Köstinger zwar übernommen, kann sich aber in ihrer eigenen VP-Riege nicht durchsetzen.

Und das beste Beispiel ihrer Unfähigkeit: Das Abstellen der unlauteren Handelspraktiken. Man ist nicht einmal in der Lage, die EU-Richtlinie fristgerecht umzusetzen, für die sich Köstinger zuvor besonders stark gemacht hat. Und die Reaktion der Ministerin auf das eingeleitete EU-Vertragsverletzungsverfahren? Hurtig weist sie auf die Zuständigkeit des Wirtschaftsministeriums, und somit ihrer Parteifreundin Margarete Schramböck, hin. Auch die Einheitswerterhöhung geht alleine auf die Kappe der ÖVP, denn der Vorschlag die Ausgleichszahlungen erstmals zu berücksichtigen, kam aus ihren Reihen. Darum setze ein Zeichen und wähle FPÖ!



HERKUNFTSKENNZEICHNUNG:

Grüne und ÖVP mal wieder uneinig

In der Frage um die verpflichtende Herkunftskennzeichnung von Lebensmitteln besteht weiterhin Uneinigkeit bei ÖVP und Grünen. Während ÖVP-nahe Kreise vor allem Gesundheitsminister Mückstein in der Pflicht sehen, werfen die Grünen der ÖVP, und hier vor allem dem Wirtschaftsbund, vor, auf der Bremse zu stehen. Offenbar sind die Ankündigungen der beiden Partner im Koalitionsvertrag nicht das Papier wert, auf dem sie geschrieben sind.

FPÖ IN DER LANDESREGIERUNG HAT GEWIRKT:

Wollen wir Oberösterreich weiter auf Erfolgskurs? - Nur mit uns!

Die freiheitliche Regierungsbeteiligung in Oberösterreich hat vor allem eines gezeigt: Die FPÖ ist nicht nur regierungs-, sie ist ex rem leistungsfähig. Alle Ressorts, die der Wählerauftrag an die Freiheitlichen vergab, können bezüglich ihrer Leistungsbilanz glänzen.

Die FPÖ Oberösterreich macht deshalb mit ihrem Wahlkampfmotto „Nur mit uns“ deutlich, dass sie der einzige Garant für eine bürgerliche, rechte Politik mit Vernunft und Hausverstand ist. Die Leistungsbilanz der freiheitlichen Landesräte in den letzten sechs Jahren ist dabei beachtlich. Dem ur-demokratischen Grundsatz „Regieren ist Pflicht“ entsprechend, haben Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner im Bereich Wohnbau, Naturschutz und Familien, Landesrat Mag. Günther Steinkellner im Ressort Verkehr und Infrastruktur sowie Landesrat Ing. Wolfgang Klinger auf dem Feld Sicherheit und Katastrophenschutz Enormes mit ihren jeweiligen Teams geleistet. Der freiheitliche Klubobmann Herwig Mahr resümiert: „Diese Legisla-

turperiode hat auch gezeigt, dass freiheitliche Lösungen in der Lage sind, deutlich mehr Politik- und Problemfelder zu durchdringen, als nur die wichtigen Bereiche von Migration und Innerer Sicherheit. In der gegenwärtigen Krise sind die Lösungen nicht in althergebrachten Lösungskonzepten der Vergangenheit zu finden. Dieses Land darf nicht in den kleinen Schranken und Struktu-

HEIMAT MIT ZUKUNFT

ren des letzten Jahrhunderts gedacht werden, sondern es muss auch das Land Oberösterreich seinen Teil dazu beitragen, um ein starkes und selbstbewusstes Österreich fit für das Morgen und Übermorgen zu machen.“ Die freiheitlichen Leistungsmilensteine seit 2015 las-

sen sich sehen. Dr. Manfred Haimbuchner: „Im Bereich Wohnbauförderung ist das Land Oberösterreich in den zwölf Jahren, in denen ich Ressortverantwortlicher sein durfte, zum absoluten Effizienzspitzenreiter herangewachsen.“ Nicht zuletzt durch eine ehrliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Politik, Verwaltung und der Bauwirtschaft, konnten jedes Jahr an die 2.500 Wohneinheiten für die Oberösterreicher zur Verfügung gestellt werden. Parallel wurde der Erwerb von Wohneigentum gefördert. „Die Verschärfungen im Bereich der Drittstaatsangehörigen, die Verbesserung der Sanierungsförderungen, der Fokus auf Nachverdichtung, die Wohnraumsicherung durch die „COVID-19-Wohnkostenhilfe“



Foto: Land OÖ / Schäffner

und das „Wohnungssicherungspaket für Leistungsträger“ sind nur einige Beispiele für die ausgezeichnete Arbeit im Bereich des Wohnbaus“, stellt Haimbuchner zufrieden fest. Auch die höchst sinnvollen Novellen des Wohnbauförderungsgesetzes der Jahre 2018 und 2019 wurden zwar vom politischen Gegenspieler bekämpft, hielten aber schlussendlich auch der höchstgerichtlichen Rechtsprechung auf europäischer Ebene stand. Landesrat für Infrastruktur Mag. Günther Steinkellner hält für sein Engagement fest: „Nach sechs Jahren harter Arbeit kann mit Stolz behauptet werden, dass alle im Regierungsübereinkommen aufgelisteten Punkte angegangen und umgesetzt werden konnten.“ In der täglichen Arbeit seines Ressorts wurde der Fokus auf eine intermoda-



IMMER EIN MANN DER KLAREN WORTE.

Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner macht in Oberösterreich eine Politik des Hausverstandes. Trotzdem wird mit einem klaren Wertekonzept agiert, das auf freiheitlichen Grundüberzeugungen basiert. Die Regierungsbeteiligung der FPÖ hat gezeigt, wie Freiheitliche regieren und welche Erfolge erzielt werden können.



le Mobilität gelegt. Um das 6.000 Kilometer lange, oberösterreichische Straßennetz, im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten, bestmöglich zu verwalten wurde das Pavement Management System neu aufgestellt und dient seither als objektive Grundlage der Instandhaltung.

Landesrat Ing. Wolfgang Klinger sieht bei seinem Ressort Sicherheit und Katastrophenschutz höchst wichtige Entwicklungen durchgesetzt: „Ich habe vor etwas mehr

SICHERHEIT FÜR OÖ

als zwei Jahren ein wohlbestelltes Haus von meinem Vorgänger Elmar Podgorschek übernommen. Das war kein Grund die Hände in den Schoß zu legen, sondern vielmehr Ansporn, die Sicherheit unsere Heimat weiter auszubauen. Dem Aufgabengebie-

ten des Sicherheitslandesrats kommt nicht nur während einer Krise und deren Bewältigung, sondern auch bei deren Prävention eine herausgehobene Stellung zu. Mit der Verantwortung für die Agenden der Feuerwehr, Katastrophenschutz bis hin zur Wasserversorgung stellen sich die zentrale Klammer und der Rahmenschutz für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und jedes politische Wirken in unserem Bundesland dar.“ In den letzten sechs Jahren wurde deshalb unter freiheitlicher Verantwortung der Hochwasserschutz weiter ausgebaut. Das wahrscheinlich weitreichendste Projekt ist die Reform der ehemaligen bedarfsorientierten Mindestsicherung. Nur durch das mutige Handeln der FPÖ Oberösterreich war es möglich, für mehr Gerechtigkeit

zu sorgen. „Völlig zu Recht hat es niemand verstanden, wenn eine hart arbeitende Familie am Monatsende nicht viel mehr in der Geldtasche hat als eine, die ausschließlich von Sozialleistungen lebt. Damit waren wir in Oberösterreich Vorreiter und haben so einen bundesweiten Diskussionsprozess angestoßen. Nun erhalten Beeinträchtigte und Alleinerzieher mehr Leistung, während das Geld für Arbeitsunwillige und Integrationsverweigerer gekürzt wird“, betont Klubobmann Herwig Mahr. Das neue Integrationsleitbild ist ebenfalls ein wichtiges Projekt der Freiheitlichen, denn die Herausforderungen im Integrationsbereich haben sich spürbar verändert. Insbesondere im Asylbereich bestand seit 2015 großer Handlungsbedarf. Gemeinsam sind die freiheit-

DIE FPÖ-REGIERUNGSMANNSCHAFT:

Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner (li.), zusammen mit seinen freiheitlichen Kollegen auf der Regierungsbank, Infrastrukturlandesrat Mag. Günther Steinkellner (mi.) und Sicherheitslandsrat KommR Ing. Wolfgang Klinger (re.) - gemeinsam für Oberösterreich.

lichen Regierungsmitglieder überzeugt: „Diese Politik mit Herz und Hausverstand, diese Politik für die Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher gibt es nur mit uns. Wir waren in den letzten sechs Jahren ganz klar die treibende Kraft, die eine wertekonservative Politik mit Weitsicht und Bodenhaftung für unsere Heimat garantiert.“

AMA-PRESSEKONFERENZ ZUR GETREIDEERNT:

Deutlich weniger geerntet

Nach einer Saison, die von Wetterek remen geprägt war, liegt die heurige Erntemenge unter dem langjährigen Durchschnitt. Dies berichtete die AMA.

„Die heurige Getreideproduktion (ohne Mais) wird auf rund 2,9 Mio. t geschätzt und sinkt durch Flächenrückgänge und etwas geringerer Hektarerträge unter das Vorjahresniveau sowie unter das langjährige Mittel,“ informierte DI

Günter Griesmayr, Vorstandsvorsitzender der AMA.

Wetterextreme bereiten zunehmend Probleme und machen Prognosen immer schwieriger. Hagel, Sturm und Starkregen haben die Landwirtschaft in den letzten Wochen regional



schwer getroffen und lassen eine genauere Prognose erst zu, wenn die Mähdrescher stillstehen. Die Gesamtgetreidefläche 2021 (ohne Mais) von 516.520 ha liegt um 5% (rd. -26.700 ha) unter dem Vorjahr und um 11% (rd. -63.000 ha) unter dem Fünfjahresschnitt. Die Weichweizenfläche schrumpfte durch die widrigen Anbaubedingungen im Herbst 2020 um knapp 8.600 ha auf ihr historisch geringstes Ausmaß von

237.500 ha. Die Ölrapsfläche nahm weiter ab, bei Dinkel stieg die Fläche auf ein Allzeithoch von über 20.000 ha. Der Bioanteil an der Fläche

liegt weiterhin bei hohen 20%, womit Österreich weiter im europäischen Spitzenfeld liegt.



ALLEIN IN OBERÖSTERREICH KNAPP 13 MIL

Unwetterbilanz: Hohe nach heftigen Gewitter

Die Landwirtschaft kommt heuer nicht zur Ruhe. Speziell in Oberösterreich verursachen Starkregen, Sturm und Hagel wiederholt schwerste Schäden. Besonders betroffen war zuletzt der Bezirk Braunau – aber auch Gmunden, Perg und Freistadt.

Allein in Braunau befand sich die Landwirtschaft durch die Unwetter in einem Katastrophenzustand. Auf einer Agrarfläche von 40.000 Hektar ist es beim letzten Wetterereignis vielfach zu Totalschäden an landwirtschaftlichen Kulturen gekommen. „Der Gesamtschaden beträgt alleine durch dieses Unwetter 11 Millionen Euro. In Summe entstand durch die schweren Hagelunwetter in den letzten fünf Wochen in Österreich bereits ein Schaden an landwirtschaftlichen Kulturen von 105 Millionen Euro. Ein trauriger Rekord, da Existenzen vielfach bedroht sind“, so der Vorstandsvorsitzende der Österreichischen Hagelversicherung, Dr. Kurt Weinberger, in der „Hagel-Bilanz“. In den betroffenen Bezirken Kirchdorf an der Krems, Steyr-Land, Gmunden, Linz-Land, Perg, Freistadt und Braunau sind insgesamt 49.000 Hektar Flächen be-

troffen, vor allem Getreide, Saatmais, Grünland, Folienhäuser und Raps. Der Gesamtschaden in der Landwirtschaft für die letzten Ereignisse in Oberösterreich wird auf insgesamt 13 Millionen Euro geschätzt. Besonders wichtig sei jetzt, die Schäden an die Österreichische Hagelversicherung

250.000 FM SCHADHOLZ

zu melden. Darauf weist die Landwirtschaftskammer Oberösterreich hin. Die Sachverständigen der Hagelversicherung erheben dann die Schäden.

Das letzte Unwetter dauerte nur wenige Minuten und hat dennoch mit unglaublicher Wucht gewütet: „Es war an den einzelnen Orten immer nach spätestens einer Viertelstunde wieder vorbei“, berichtet Josef Kaiser, Bezirksfeuerwehrkommandant von Braunau. Die Meteorolo-

KARTOFFELMARKT: KEIN ANGEBOTSDRUCK

Der Speisekartoffelmarkt präsentiert sich weitgehend unverändert zu den Vorwochen. In NO wurden Speisekartoffeln Ende August meist um 18 bis 22 €/100 kg übernommen.

Aus OÖ wurden Erzeugerpreise bis zu 25 €/100 kg gemeldet.



SCHWEIZ: GEFÄHRLICHER JAPANKÄFER GEFUNDEN

Die Schweiz hat die Behörden der benachbarten Länder darüber informiert, dass erstmals ein Japankäfer gefangen wurde. Er schädigt über 300 Gehölzarten sowie Mais, Kartoffel, Spargel, Tomate, Bohnen, Apfel, Kirsche, Pflaume, usw.



BIOFELDTAGE 2021:

Mehr als 11.000 Besucher kamen

Maschinenvorfürungen, die Sortenschau und ein buntes Rahmenprogramm lockten am 6. und 7. August über 11.000 Besucher zu den Biofelddagen am Bio-Landgut Esterhazy in Donnerskirchen. Mit der Veranstaltung wurden auf dem zirka 70 ha großen Areal Betriebe sowie Konsumenten angesprochen. Rund 160 Veranstaltungspunkte boten den Besuchern ein attraktives Rahmenprogramm und Gelegenheit, das Wissen zu vertiefen und mehr über Bio-Landwirtschaft zu erfahren.

Foto: pixabay.com/Momentmal

Fotos (2): pixabay.com

Foto: pixabay.com/ke-ker



Foto: stock.adobe.com/ swa182

HEUER GAB ES BESONDERS SCHWERE UNWETTER IM GANZEN LAND, DIE GROSSEN SCHADEN IN UNSERER LANDWIRTSCHAFT ANRICHTETEN.

LIONEN EURO:

Schäden in OÖ

gen der Ubimet registrierten durchwegs Sturm mit mindestens 90 km/h: „Doch es waren sicher Böen mit über 100 km/h dabei.“ Insgesamt rückten binnen vier Stunden 2.300 Florianijünger zu mehr als 400 Einsätzen aus - auch in den Bezirken Ried, Vöcklabruck, Wels und Grieskirchen.

Die Einsatz-Schwerpunkte beim Sturm am 25. Juli lagen in den Bezirken Freistadt, Linz-Land, Linz-Stadt, Kirchdorf und Wels. Hier bescherten Wasserschäden, Überflutungen, umgestürzte Bäume auf Straßen und Stromleitungen den oö. Feuerwehren eine arbeitsintensive Nacht bis über Mitternacht hinaus.

Gut 250.000 Festmeter Schadholz wurden bisher durch die starken Unwetter in diesem Sommer in Oberösterreich verursacht. Diese Menge entspricht allein rund zehn Prozent des durchschnittlichen jährlichen Holzschlages im Bundesland. Hauptschadensgebiete sind vor allem das Inn- und Mühlviertel sowie das Alpenvorland.

VOR ALLEM IN SACHSEN UND BRANDENBURG:

ASP in Deutschland: Schon knapp 2.000 Fälle

Bei unseren nördlichen Nachbarn melden die Behörden beinahe täglich weitere ASP-Fälle. Insgesamt gibt es jetzt 1.981 bestätigte ASP-Fälle in Deutschland.

Die Zahl der nachgewiesenen ASP-Fälle in Deutschland steigt stetig. Bis Anfang September meldete das Tierseucheninformationssystem (TSIS) des Friedrich-Loeffler-Instituts 1.981 gemeldete Fälle in Deutschland. Allein in der ersten Septemberwoche wurden 64 Fälle bei Schwarzwild registriert. Davon 43 in Brandenburg und 21 in Sachsen. Der Kampf ge-



gen die Tierseuche sei jedoch laut Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) „als europäische Aufgabe“ zu begreifen und setze auch ein solidarisches Miteinander von Bund und Ländern voraus. „Die Bekämpfung der ASP ist von erheblicher bundesweiter Bedeutung. Ich werbe sehr dafür, dass Bund und Länder sich deshalb im solidarischen Miteinander dieser Aufgabe stellen“, betonte der Ministerpräsident in einer Aussendung. Er bezeichnete die zahlreichen getroffenen Maßnahmen des Landes als „Bollwerk“ gegen die Ausbreitung der ASP.

Foto: pixabay.com/Hians
Fotos (2): pixabay.com/Myburgh

HANDEL STREITET MIT BAUFUNKTIONÄREN

Der Chef der zweitgrößten LEH-Kette (u.a. Billa, Billa+, Penny, Adeg), Marcel Haraszi, kritisierte die Bauernfunktionäre. Diese würden gerne die Marktmacht der großen Ketten betonen. Es würde ein Klassenkampf heraufbeschwört.



RINDERPREISE BLEIBEN WEITER SEHR HOCH

Bei einem Schlachtgewicht von durchschnittlich 417 kg für R3-Bullen, ergibt sich so ein Mehrerlös von insgesamt 172 Euro. Ein erheblicher Teil des Mehrerlöses dürfte durch die wesentlich höheren Kosten wieder aufgefressen werden.



BEI EINEM MEDIENBESUCH PFIFF DER GRÜNE AUF VERORDNUNGEN:

Grüner Minister Mückstein: Wenn man sich nicht an eigene Verordnungen hält

Der Medienauftritt von Minister Wolfgang Mückstein (Grüne) in einem Schweinebetrieb hat ein Nachspiel, weil er auf die eigenen Verordnungen pfiiff.

Vor allem Tierärzte und Landwirte kritisieren den offenbar sorglosen Umgang des Ministers mit den gesetzlich verordneten Schutzmaßnahmen des eigenen Hauses gegen ASP und andere Krankheiten. Vertreter der Bundesregierung hatten in Vergangenheit immer wieder Schwierigkeiten – etwa während der Corona-Pandemie – sich an die eigenen Schutzverordnungen zu halten. Berüchtigt war etwa der Auftritt von Bundeskanzler Kurz im Kleinwalsertal im Mai 2020, in dem er eine „Men-

genbad“ nahm, obwohl zu der Zeit die Einhaltung von Mindestabständen durch seine Bundesregierung verordnet war. „Normalsterbliche“ wurden und werden, wenn sie sich nicht an Corona-Maßnahmen halten, drakonisch abgestraft. Von Mitgliedern der Bundesregierung ist dies bisher noch nicht bekannt geworden.

Besonders ärgerten die Mückstein-Kritiker die Bilder, auf denen der Minister

mit den Begleitern und Medienleuten ohne entsprechender Schutzkleidung im inneren Bereich der Freilandhaltung zu sehen war. Die entsprechenden Vorgaben der seit Jänner 2017 geltenden Schweinegesundheitsverordnung habe demnach just jener Minister, der in der Bundesregierung für die staatliche Veterinärverwaltung und die Seuchenprävention zuständig ist, grob missachtet. Tierärzte und Landwirte fühlen sich in ihren Anstrengungen um gesunde Nutztierbestände vom Ministerauftritt konterkariert. In einem offenen Brief an Minister Mückstein verlangen sie von dieser Aufklärung. Damit reiht er sich nahtlos in die „Was geht mich der Pöbel an“-Einstellung der Bundesregierung ein.



Foto: flickr.com/BMKÖS (CC BY-NC-ND 2.0)

GRUNDLAGEN DER EICHEN-BESTANDESBEGRÜNDUNG:

Die Eichenoffensive starten



DAMIT DIE EICHE AUFKOMMT UND EINES TAGES WERTHOLZ LIEFERT, BRAUCHT ES EINEN PLAN.

Foto: pixabay.com

Zur Stabilisierung unserer Wälder im Klimawandel ist die Eiche unverzichtbar. Doch wie wird die Eiche am sinnvollsten gepflanzt, wenn sie nicht in der Naturverjüngung vorkommt? Eichennester- und Eichentrupppflanzungen werden seit den 1980er bzw. 1990er Jahren als ökologische und ökonomische Alternativen zur traditionellen Reihenpflanzung insbesondere nach Sturmwurf vermehrt für die Bestandesbegründung genutzt.

Aufgrund ihrer Stabilität, der Toleranz gegenüber Trocknereignissen und des wertvollen Holzes werden die heimischen Eichenarten zukünftig im Waldaufbau wohl an Bedeutung gewinnen. Im Gegensatz zu Vollkulturen wird bei Trupppflanzungen nicht die gesamte Kulturfläche bepflanzt. Bei der Bepflanzung handelt es sich vielmehr um mehr oder weniger gleichmäßig über die Fläche verteilte „Pflanzen-Klumpen“. Typische Trupppflanzungen

bestehen dabei je Hektar aus 200 Nestern mit jeweils 21 Eichennormalpflanzen (< 50 cm Pflanzenhöhe) im Verband 0,2 x 0,2 m bzw. aus 100 Trupps mit jeweils 19 bis 27 Eichengroßpflanzen (> 80 cm), die im Abstand von 1 m gepflanzt werden. Im Gegensatz zu den Nestern werden die Eichentrupps in der Regel mit einer variierenden Anzahl an Individuen einer schattenertragenden Baumart (Rot-, Hainbuche, Winterlinde) für die spätere Schaftpflege umfasst („Treibhölzer“).

Die punktuell begrenzte kleinflächige Ausbringung von Pflanzen in den Trupps soll die Begründungskosten verringern, ohne gleichzeitig die waldbaulichen Optionen zur Produktion von Eichenwertholz einzuschränken. In den nicht bepflanzten Räumen zwischen den Trupps können sich zudem insbesondere frühsukzessionale Arten natürlich etablieren. Der Übergang zwischen förderlicher und schädlicher Konkurrenz in den aufwach-

senden Trupps ist ähnlich den verglichenen Reihenpflanzungen fließend. Daher sollten in frühen Phasen der Bestandesentwicklung grundsätzlich regelmäßig Überprüfungen erfolgen. Ziel ist es, die innerartliche Konkurrenz durch die gezielte Förderung der Truppeichen während der Qualifizierungsphase zu sichern.



QUERUNGEN FÜR DAS WILD

Wildbrücken gegen Wildunfälle

In Österreich sind Autobahnen durchgängig eingezäunt, um Wildunfällen vorzubeugen. Damit geht aber auch eine weitere Zerschneidung von natürlichen Lebensräumen einher. Das hohe Verkehrsaufkommen führt darüber hinaus zu erheblichen Tierverlusten. Wildunfälle beeinträchtigen die Verkehrssicherheit und gefährden das Leben von Menschen. Für alle neu errichteten Verkehrswege sind Grünbrücken, Tunnel oder Talquerungen daher zwingend vorgesehen. Zwischen 2016 bis 2027 will die ASFINAG 15 neue Grünbrücken errichten. Bisher gibt es rund 70 Querungen in Breiten von 15 bis 80 m. Jede neue Grünbrücke kostet rund 4,5 Millionen Euro. Idealerweise wird eine Grünbrücke an bekannten Wildwechseln errichtet. Damit die Tiere von den Scheinwerfern der Autos nicht verschreckt werden, wird die Grünbrücke bepflanzt. Auch das Hinterland muss geeignet sein und mit Hecken oder Bachläufen sollen die Tiere zur Grünbrücke geleitet werden.

Foto: pixabay.com

FRIST FÜR WAFFENREGISTRIERUNG LÄUFT AUS

Im Dezember 2019 ist die Waffengesetznovelle in Kraft getreten. Der Altbestand aller Langwaffen ist nun im ZWR zu melden. Schusswaffen der Kategorie D fallen seitdem in die Kategorie C. Somit umfasst diese Kategorie neben den Büchsen nun auch Flinten. Die Kategorie D ist damit obsolet. Personen, die zum Stichtag 14. Dezember 2019 eine Flinte besitzen, haben diese bis zum 13. Dezember 2021 bei einem Waffenhändler registrieren zu lassen.



Foto: pixabay.com



DIE SCHADHOLZPOLTER IN DEN SÄGEWERKEN WUCHSEN IN UNGEÄHTE HÖHEN.

IN DEUTSCHLAND 75 PROZENT SCHADHOLZANTEIL:

Rekord bei Holzeinschlag

Im Jahr 2020 erreichte der Holzeinschlag in Deutschland einen Rekordwert 0,4 Mio. fm. Seit der Wiedervereinigung im Jahr 1990 war der Einschlag noch

nie so hoch. Der Anteil der Holzarten Fichte, Tanne, Douglaise und sonstiges Nadelholz lag bei 77 Prozent. Der Anteil des Schadholzes lag bei 75 Prozent.

Foto: pixabay.com



LEICHTERES ENTNAHMEVERFAHREN GEPLANT:

Salzburg will an die Wölfe

Die Salzburger Landesregierung hat ein neues Verfahren beschlossen, um schadensträchtige Wölfe leichter entnehmen zu können. Es habe sich gezeigt, dass das bisherige Bescheidverfahren zu lang dauere. Künftig läuft das Verfahren wie folgt: Rissverdachtsfälle werden durch veterinärmedizinisch geschultes Personal der Landesregierung begutachtet, das auch eine DNA-Analyse veranlasst. Bestätigt sich der Riss, bereitet die Regierung eine Verordnung vor. Dazu

werden Maßnahmenggebiete erklärt, in denen ein „Problemwolf“ entnommen werden kann. Die Entscheidung, ob die Kriterien für einen „Problemwolf“ erfüllt sind und wo dieser dann für vier Wochen bejagt werden darf, erfolgt durch den Wolfsbeauftragten des Landes. Da der Wolf in Salzburg als jagdbare Art im Landesjagdgesetz steht, erfolgt die Entnahme durch die Jagdausübungsberechtigten. Der Kadaver ist dem Land für Untersuchungen zur Verfügung zu stellen.

WASCHBÄR, MARDERHUND UND CO. BRINGEN PROBLEME:

Gefahr durch Invasoren

Wissenschaftler prognostizieren eine noch stärkere Ausbreitung von Waschbär und Marderhund in Europa. So zumindest das Ergebnis einer im Fachjournal „Mammal Review“ veröffentlichten Studie. Europaweit kämen Waschbären bislang in 20 und Marderhunde sogar in 33 Ländern vor. In Zukunft dürften diese Wildarten in Europa sogar noch größere Gebiete besiedeln, wie Dr. Judith Kochmann vom Senckenberg Biodiversitätszentrum herausfand. Es sei wahrscheinlich, dass das



Verbreitungsgebiet von Waschbär und Marderhund in Europa noch beträchtlich größer werde. Eine der Gefahren, die von den beiden Wildarten ausgeht, sei ihre Rolle als Wirt von Krankheitserregern, die teilweise auch auf den Menschen übertragen werden können (Zoonosen). Vor allem der Marderhund stellt ein Risiko als Wirt von Zoonosen wie dem Fuchsbandwurm oder Trichinen, also auch für den Menschen relevanten Krankheiten, neben dem heimischen Fuchs dar.

BIOMASSE-VERBAND MIT WEB-KONFERENZ:

Holz und Klimaschutz

Im Rahmen einer Webkonferenz des Österreichischen Biomasse-Verbandes (ÖBMV), wurde ein Rückkehr zum Holzbau zur Bekämpfung des Klimawandels gefordert. Die Experten aus Bioenergie, Politik, Naturschutz und Forstwirtschaft widmeten sich ausführlich der Rolle des Rohstoffes Holz für den Klimaschutz.

Der Tenor war eindeutig: „Es muss selbstverständlich sein, das Wohnen in den Städten der Zukunft ressourcen- und klimaschonend zu gestalten. Der Weg in eine postfossile Postkonsumgesellschaft ist für die kommenden Generationen überlebens-

wichtig.“ Im 1. Halbjahr 2019 etwa hat die österreichische Holzindustrie nach Berechnungen des Fachverbandes der Holzindustrie Österreich rund 9 Mio. t Kohlenstoffdioxid in ihren Erzeugnissen gespeichert. Dies entspricht 43 % der Treibhausgas-Emissionen des gesamten österreichischen Verkehrs.

„Holz ist nachweislich der einzige Rohstoff, der maßgeblich zum Klimaschutz beiträgt. Daher ist es wichtig, Produkte aus Holz und

ganz allgemein den Holzbau zu forcieren“, sagt Dr. Erich Wiesner, Obmann des Fachverbandes der Holzindustrie Österreichs.



Foto: pixabay.com



HOLZLAGER LAAKIRCHEN:

50.000-fm-Nasslager geplant

Der Waldverband OÖ begann im Juni 2021 in Laakirchen den Bau des ersten Rundholznasslagers für Waldbesitzer. Die Fertigstellung ist für Ende 2021 geplant. Das geplante Holzlager soll 50.000 fm fassen. Die Errichtungskosten, die teilweise gefördert werden, belaufen sich auf 400.000 Euro.

Foto: pixabay.com

MONTECUCCOLI: 150 €/FM SIND GERECHTFERTIG

Der Präsident der „Land&Forst Betriebe“, Felix Montecuccoli fordert einen fairen Holzpreis. Zwar stiegen die Preise für Holzprodukte, allerdings käme dies nicht im Wald an. „Für Sägerundholz ist ein Preis von 150 €/fm gerechtfertigt“, so Montecuccoli.



USA WARNEN VOR EUROPÄISCHEN SCHNITTHOLZ

Eine US-Bauaufsichtsbehörde in North Carolina warnt, dass europäisches Holz „katastrophales“ Versagen bei Wand-, Boden- und Dachkonstruktionen verursachen könne. Die US-Behörde empfahl daher, europäisches Holz nur als „alternatives Material zu verwenden“.



Fotos (2): oben: pixabay.com, unten: wikimedia.org

FPÖ-LANDESPARTEIOMBMAN MANFRED HAIMBUCHNER ÜBER

„Unsere gewachsene Landwirtschaft

Der FPÖ-Spitzenkandidat für die Landtagswahl am 26. September, Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner, stellte sich den Fragen des Freien Bauern: „Manfred Haimbuchner kennt die Sorgen der heimischen Bauern, besuchte zahlreiche Betriebe und sprach mit den Betroffenen.“

Wie wichtig ist für Sie die heimische Landwirtschaft?

Jeder Mensch muss essen um leben zu können. Landwirtschaft ist somit für jeden Menschen lebensnotwendig. Das Schrumpfen der bäuerlichen Betriebe ist nicht nur für die Betroffenen eine Katastrophe, sondern auch für die heimische Kulturlandschaft und die Ernährungssicherheit. Nur durch eine strukturhaltende Landwirtschaftspolitik können wir das Aussehen unserer über Jahrhunderte gewachsenen Heimat erhalten. Im Gegensatz zum politischen Mitbewerber, die sich eine „flächendeckende“ Landwirtschaft wünschen, sind eben besonders die kleinen und mittleren Betriebe die wichtigsten Garanten für den Arbeitsplatz Bauernhof. Wir wollen keine „Wachse oder weiche“-Politik, sondern die Chance für unseren ländlichen Raum, seine gewachsene Struktur zu behalten. Eine echte Kehrtwende ist daher

notwendig, um die Situation der Bauern zu verbessern.

Welche Rolle kann die Politik bei dieser Kehrtwende spielen?

Das wichtigste ist die Wertschätzung der Landwirtschaft in der Bevölkerung und das Selbstbewusstsein unserer Landwirte zu stärken. Gleich danach kommt die faire Preispolitik. Die Bauern brauchen ein Einkommen von dem man leben kann und für die hohen Qualitätsstandards in Österreich sind die Konsumenten auch bereit, einen fairen Preis zu zahlen. Eine umfassende Reform der Kennzeichnungspflicht mit einer durchgehenden Herkunftskennzeichnung nach dem Schema „Geburtsland-Aufzuchtland-Verarbeitungsland“ muss eingeführt werden, damit hohe Qualität auch einen fairen Preis rechtfertigt. Gleichzeitig sollte es aber auch Preisaufschläge für Produkte

MANFRED HAIMBUCHNER IST BEREITS ZUM DRITTEN MAL SPITZENKANDIDAT DER FPÖ.



mit niedriger Qualität geben. Ausgleichszahlungen und Förderungen erzeugen zudem einen unnatürlichen Wachstumszwang und müssen daher dringend reformiert werden. Produktionsquoten, die der Marktstabilisierung dienen, wie etwa bei Milch und Zucker, sind aber auch weiterhin notwendig. Der Kampf gegen die oftmals unsinnige und überbürokratisierte GAP der EU ist ebenfalls ein wichtiger Baustein zur Unterstützung unserer Bauern. Zusammenfassend kann man sagen: Nur eine Renationalisierung und Entbürokratisierung schützen die heimische Landwirtschaft nachhaltig.

Wenn man sich die Agrarpolitik der politischen Mitbewerber ansieht, dann hat man den Eindruck, dass die Bauern auf dem Altar des Weltmarktes geopfert werden...

Nur die FPÖ ist bereit, Agrarpolitik zu machen, die unseren Bauern als Erzeuger unserer hochwertigen Lebensmittel, eine Zukunft sichert. Ich glaube, dass der Markt nicht alles regeln kann. Es gibt einige Bereiche, die man, meiner Meinung nach, dem Markt nicht grenzenlos überlassen darf, wie zum Beispiel der Gesundheitsbereich. Bei der Landwirtschaft ist das ähnlich, insofern, dass die Produktionsbedingungen



UNSER ÖSTERREICH IST DURCH DIE LANDWIRTSCHAFT GEPRÄGT.

DIE BEDEUTUNG DER LANDWIRTSCHAFT FÜR UNSERE HEIMAT: sCHAFT MUSS ERHALTEN BLEIBEN!“



sind, all das kann dabei nicht ausgeschlossen werden. Gerade der übermäßige Einsatz von Antibiotika stellt für die Humanmedizin eine große Herausforderung hinsichtlich der Resistenzenentwicklung dar. Qualität muss also ihren Preis haben.

Welche Maßnahmen wären aus ihrer Sicht notwendig, um dem Bauernsterben entgegenzuwirken?

Die Landwirte sind viel zu sehr in dem Fördersystem gefangen und sollten wieder selbständiger und freier handeln dürfen und nicht auf Fördergelder angewiesen sein. Das derzeitige System macht es ihnen aber alles andere als leicht. Man hat immer mehr und nicht unbeeindruckt den Eindruck, dass es seitens der EU gewollt ist, dass die kleinstrukturierten Bauernhöfe schließen und nur noch die Großbetriebe wirtschaftlich arbeiten können. Eine Wertschätzung gegenüber den Landwirten und ihren Produkten in Form eines fairen Preises muss selbstverständlich werden! So lange ich dazu etwas beitragen kann, werde ich das auch tun. Ich möchte auf keinen Fall, dass all das einer internationalen, globalen, alles nach unten nivellierenden Landwirtschaft preisgegeben wird.

in den verschiedensten Teilen der Welt unterschiedlich sind. Ist das einzige Regulativ der Markt, dann diktieren jene Gegenden, die aus klimatischen und sonstigen Gründen bevorzugt sind den Preis und all jene Regionen, die nicht mithalten können, werden benachteiligt. Daher muss es einen gewissen Ausgleich geben. Ich will damit nicht sagen, dass der Staat alles regeln soll, aber er muss darauf achten, dass faire Bedingungen herrschen. Lebensmittel, die zu Dumpingpreisen in uneingeschränktem Ausmaß zu uns hereindrängen, schaden unserer hochqualitativen Landwirtschaft. Unsere traditionell gewachsene bäuerli-

che Landwirtschaft muss um jeden Preis erhalten bleiben.

Weder die EU, noch der Handel scheinen eine besondere Freude mit einer Herkunftskennzeichnung zu haben?

Die lebensmittelverarbeitenden Industrien schauen genau auf ihre Kosten und verarbeiten oft günstigere, importierte Flüssig-Ei aus Käfighaltung lieber, als das teurere heimische Produkt. Wenn die Herkunft gekennzeichnet werden müsste, dann gäbe es bestimmt einige Konsumenten, die sagen würden: „Eier aus Käfighaltung aus dem Ausland? Das will ich aber nicht, da weiß ich nicht

was drinnen ist!“ Ob genmanipuliertes Futter verwendet wurde, oder ob die Hühner mit einer Unzahl von Antibiotika großgezogen worden



MANFRED HAIMBUCHNER UND FRANZ GRAF - FÜR UNSERE BAUERN.



KAMMER DRÄNGTE AUF NEUFESTSTELLUNG

Auf Drängen der Landwirtschaftskammer wurden bei der Neufeststellung des Einheitswerts im Jahr 2014 erstmals auch die EU-Ausgleichszahlungen für die Berechnung berücksichtigt. Vor allem kleinere und mittlere Betriebe in Ungunstlagen sind deshalb von massiven Erhöhungen der Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen betroffen.

AUSGLEICHSZAHLUNGEN IM EINHEITSWERT:

Das Einheitswert-Desaster: Faire und gerechte Besteuerung sieht anders aus

Die Auswirkungen der Neufeststellung der Einheitswerte schlagen immer noch hohe Wellen. Was im Jahr 2012 von der SPÖ-ÖVP Regierung beschlossen wurde, wird in Zukunft das Höfesterben verschärfen. Ein Rückblick auf die Entwicklung und Bedeutung des Einheitswertes.

Steuern und Abgaben sind seit jeher ein beliebtes Mittel, um Machenschaften von Herrschaftssystemen und Regierungen zu finanzieren. Und so kommt es nicht von ungefähr, dass die Bemessungsgrundlage sämtlicher Steuern im Fokus steht. Zunächst ein Blick in die Ge-

schichte. „1940 wurden die Einheitswerte und 1941 das deutsche Grundsteuerrecht in Österreich eingeführt. Die Übernahme des deutschen Bewertungsgesetzes brachte neben der Änderung der Rechtsgrundlage auch eine Änderung der Verwaltungsstruktur mit sich. Es war

nicht mehr der Kataster, konkret der Grundbesitzbogen, sondern der Einheitswert wurde zur Grundlage für die Besteuerung von Grund und Boden. [...] Ab den Jahren 1946/47 wird in Österreich zur Schaffung einer einheitlichen und gerechten Besteuerungsgrundlage für die

Landwirtschaft eine auf die natürliche Ertragsfähigkeit aufgebaute Schätzung der landwirtschaftlich genutzten Bodenflächen durchgeführt, wobei besonders jene Bodenmerkmale herangezogen werden, die auf sehr lange Dauer hinaus keinen oder nur geringfügigen Verän-

VFGH-URTEIL

derungen unterliegen“, ist in der Festschrift des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesens anlässlich des Jubiläums „200 Jahre Kataster - Österreichisches Kulturgut - 1817-2017“ zu lesen. Seit 2008 ist in Österreich weder eine Schenkungssteuer noch eine Erbschaftssteuer zu entrichten. Hintergrund: Der Verfassungsgerichtshof hat am 7.3.2007 entschieden, dass die damalige Gestaltung der Erbschaftssteuer in Österreich, auf Basis nicht aktueller Einheitswerte verfassungswidrig sei. Da sich



Foto: stock.adobe.com/Christian Schwiher

Mitterlehner und Landwirtschaftsminister war Nikolaus Berlakovich. In vorausseilendem Gehorsam drängte die Landwirtschaftskammer auf eine Neufassung der Einheitswerte. Diese schürte damals Angst und propagierte: „Die Hauptfeststellung nach mehr als 25 Jahren ist Grundvoraussetzung für den Erhalt des Einheitswertes.“ Keine Hauptfeststellung bedeute ein „Ende des Einheitswertes in seiner umfassenden Bedeutung für die Land- und Forstwirtschaft.“ Durch eine Gesetzesänderung im Jahr 2012 wurde schließlich eine neue Hauptfeststellung zum 1.1.2014 angeordnet. In einem Infoblatt des Bauernbundes ist dazu zu lesen: „Mit der Entscheidung zur Neubewertung konnte somit das gesamte auf die Ertragswerte aufbauende System gerettet werden!“

GESETZESÄNDERUNG

Jahre später wird nun das Ausmaß dieser „Rettungsaktion“ sichtbar. „Anstatt eine Wertfortschreibung durchzusetzen, die auf Grund der negativen Einkommensentwicklung der letzten Jahrzehnte in der Landwirtschaft auch negativ ausfallen hätte müssen, wurden auf Vorschlag der Kammer bei der neuen Hauptfeststellung erstmals auch die Ausgleichszahlungen berücksichtigt. Höhere Einheitswerte, SV-Beiträge, Einkommen- und Grundsteuer und sogar

eine höhere Kammerumlage sind das Ergebnis, obwohl die realen Einkommen etwa auf dem Stand von 19 sind! Ein weiteres Ergebnis dieses Unrechts ist, dass beispielsweise Betriebe im Mühlviertel, die wegen ihrer kargen Böden höhere Ausgleichszahlungen erhalten, von massiven Einheitswerterhöhungen betroffen sind. Wir stehen vor einer neuen Welle des Höfesterbens und Ministerin Köstinger sieht tatenlos dabei zu!“, ruft Ing. Franz Graf, Landesobmann der Freiheitlichen Bauernschaft, die Regierung dazu auf, endlich tätig zu werden. „Denn es reicht nicht, nur die regionale Produktion medial zu bewerben und von Wertschätzung unserer Bauern zu sprechen, während vor der wirtschaftlichen Realität die Augen verschlossen werden“, fügt Graf hinzu.

Mit der Steuerreform 2015/2016 stellte die damalige SPÖ-ÖVP Regierung (Faymann II, Dez. 2013-Mai 2016) die Grunderwerbssteuer auf neue Beine. Seit dieser Steuerreform wird die Grunderwerbsteuer vom deutlich höheren Verkehrswert berechnet und nicht mehr vom

KÖSTINGER TATENLOS

Einheitswert. An der Besteuerung bei Übertragung land- und forstwirtschaftlicher Grundstücke traute man sich jedoch noch nicht zu rütteln, hier gilt bis auf weiteres der neue Einheitswert als Grund-

lage. Doch wie lange noch? Bedenkt man, dass die Grunderwerbsteuer eine wesentliche Einnahmequelle der von Geldnot geplagten Gemeinden ist, erschließt sich die große Bedeutung einer Reform. Dass die Debatte um den Einheitswert keineswegs vom Tisch ist, legte erst kürzlich ein Beschluss des Bundesfinanzgerichts vom September 2020 dar. Darin ist

GRUNDERWERBSTEUER

zu lesen: „Die Übertragung einzelner land- und forstwirtschaftlich genutzter Grundstücke stellt keinen Erwerb eines land- und forstwirtschaftlichen Betriebes dar. Die Heranziehung des land- und forstwirtschaftlichen Einheitswertes als Bemessungsgrundlage wäre auch aus diesem Gesichtspunkt unsachlich und damit verfassungsrechtlich bedenklich.“ Zudem ist das Gericht der Ansicht, dass der neue Einheitswert „unabhängig von der Lage und Beschaffenheit des Grundstückes gänzlich unrealistisch“ sei. Aktuell liegt der Fall beim VfGH, der darüber in letzter Instanz ein Urteil fällt. Teilt dieser die Einschätzung des Finanzgerichts, könnte der weitaus höhere Verkehrswert auch in diesen Fällen zur Grundlage der Besteuerung werden und die Grunderwerbsteuer explodieren lassen. Vielleicht gibt es NACH der anstehenden Landtagswahl Neues zu berichten.

die SPÖ-ÖVP Regierung (Bundeskanzler: Alfred Gusenbauer, Finanzminister: Wilhelm Molterer, Wirtschaftsminister: Martin Bartenstein, LW-Minister: Josef Pröll) auf keine Lösung einigen konnte, ist diese am 1.8.2008 ausgelaufen. Am 27.11.2012 hat der Verfassungsgerichtshof (VfGH) schließlich auch die Bemessungsgrundlage für die Grunderwerbsteuer aufgehoben. Der VfGH wendete sich dabei nicht gegen die Einheitswerte an sich, sondern es wurde die mangelnde Aktualität kritisiert.

LK SCHÜRTE ANGST

Wer saß damals am Verhandlungstisch? In der Bundesregierung Faymann I (Dez.2008 Dez.2013) war Josef Pröll Vizekanzler und Finanzminister (bis April 2011, danach Michael Spindelegger und Maria Fekter). Wirtschaftsminister war Reinhold



AUSGLEICHZAHLUNGEN NICHT EINRECHNEN!

Die Auswirkungen der neuen Einheitswerte sind nicht hinnehmbar! In der nächsten LK-Vollversammlung werden wir Freiheitliche Bauern eine Resolution einbringen, die fordert, die EU-Ausgleichszahlungen bei der Einheitswertfeststellung zu streichen. Die Ausgleichszahlungen sind Leistungsabgeltungen und haben nichts mit einem Ertragswert zu tun.

UMSETZUNG KANN NUR AUF POLITISCHER EBENE GELINGEN:

FPÖ fordert seit über einem Jahrzehnt eine durchgängige Herkunftskennzeichnung

Die durchgängige und verbindliche Herkunftskennzeichnung ist und bleibt eine langjährige freiheitliche Kernforderung. Wenn nun politische Mitbewerber das Thema für sich entdecken, sind sie an ihren Taten und nicht an ihren Worten zu messen.

Die FPÖ und die Freiheitliche Bauernschaft Oberösterreich setzen sich bereits seit mehr als einem Jahrzehnt für eine umfassende, verbindliche, transparente und durchgängige Herkunftskennzeichnung - auch bei verarbeiteten Produkten - nach französischem Vorbild ein. Die konkrete Forderung ist, dass nur Produkte als Herkunft „Österreich“ auf der Verpackung angeben dürfen, bei denen Geburt, Aufzucht und Verarbeitung (am Beispiel Fleischprodukte) zu 100 Prozent in Österreich stattgefunden haben. Alle anderen Produkte sollen als Herkunft nicht „Österreich“ angegeben dürfen, sondern sollen „EU“ oder „Nicht-EU-Landwirtschaft“ angeben müssen.

Im Gegensatz zu anderen Gütesiegeln, die aktuell und in der Vergangenheit nicht immer eine Garantie für durchgängige österreichische Qualität geboten haben und bieten, ist für den Konsumenten dann sofort ersichtlich, welche Produkte nach heimischen hohen Qualitätsansprüchen hergestellt wurden und welche Produkte diesen Stan-

dards eben nicht entsprechen. Nur so hätte der Konsument auch die Möglichkeit, sich tatsächlich für heimische Qualität zu entscheiden und unsere Landwirte könnten einen fairen Preis für ihre Produkte erwarten.

Die FPÖ legt mit dieser langjährigen Forderung ein klares Bekenntnis zur österreichischen Landwirtschaft ab und anerkennt ausdrücklich die

Im Umwelt- und Naturschutz ebenso, wie etwa in der Pflege unserer Kultur und unserer einzigartigen Kulturlandschaft. Dieses Bewusstsein auch in der Bevölkerung zu stärken, ist der Freiheitlichen Partei Österreichs zusätzlich zur Herkunftskennzeichnung ein weiteres wichtiges Anliegen. Unsere Landwirtschaft ist ein wichtiger Faktor für die Ernährungssicherheit

und die Versorgung der Österreicher mit gesunden und qualitativ hochwertigen Lebensmitteln. Unsere einmalige Kulturlandschaft und unsere gesunden Lebensmittel wären ohne unsere Bauern nicht denkbar.

Die freiheitliche Forderung nach einer durchgängigen

und verbindlichen Herkunftskennzeichnung fand bereits im Jahr 2017 auf Initiative der Freiheitlichen Bauernschaft OÖ auch Eingang in das Regierungsprogramm der ÖVP-FPÖ-Regierung. Die Aufkündigung der Koalition im Jahr 2019 durch die ÖVP verhinderte leider eine Umsetzung dieses Zieles. Deswegen wird nur eine Stärkung der freiheitlichen Kräfte in den entscheidenden



Foto: stock.adobe.com/HQUALITY

Arbeit unserer Bauern. Die Produktion von qualitativ hochwertigen Lebensmitteln unter transparenten Produktionsbedingungen ist eine der wichtigsten Aufgaben der Landwirtschaft. Darüber hinaus leisten unsere Bauern

KOALITIONSVERTRAG

aber auch in zahlreichen anderen Gebieten unserer Gesellschaft herausragendes:



parlamentarischen Gremien, die Sicherheit dafür geben, dass eine Umsetzung einer wirklich umfassenden Herkunftskennzeichnung für Lebensmittel tatsächlich realisiert werden kann. Nur wenn die FPÖ in Landtagen und Gemeinderäten und im Nationalrat stark genug ist, kann

NUR MIT DER FPÖ

eine ehrliche und transparente Herkunftskennzeichnung politisch realisiert werden. Das Einkaufsverhalten vieler Konsumenten ist dennoch derzeit recht ambivalent. Viele Konsumenten sind zwar gegen Massentierhaltung, bei der der Einsatz von Medikamenten unumgänglich ist, dennoch unterstützen sie diese mit dem Kauf von Billigprodukten. Außerdem greifen immer mehr Menschen auf Fertig- und Halbfertigprodukte zurück. Die genaue Herkunft der verar-



IMMER NOCH IST IN ÖSTERREICH FÜR DIE KONSUMENTEN NUR IN WENIGEN FÄLLEN ERSICHTLICH, WOHER DIE LEBENSMITTEL TATSÄCHLICH STAMMEN. DIE FPÖ FORDERT BEREITS SEIT ÜBER EINEM JAHRZEHTN EINE KONSEQUENTE KENNZEICHNUNG.

Foto: stock.adobe.com/ Robert Kneschke

beiten Produkte muss nicht angegeben werden. Obwohl der Kunde ein Interesse daran hat, wo diese Produkte ihren Ursprung haben, ist eine Kennzeichnung auf europäischer Ebene nicht erwünscht. „Der Konsument hat aber das Recht zu wissen, woher die Produkte stammen, die er kauft. Ohne Ausnahme! Wir Freiheitliche Bauern fordern das seit mehr als einem Jahrzehnt! Aktuell kann nur auf Grund von Handelsströmen vermutet werden, wo die Produkte produziert wurden. Quasi nach dem Zufallsprinzip werden dann Stichproben

KONSUMENTENRECHTE

untersucht. Wir dürfen uns das nicht länger gefallen lassen!“, so LAbg. Franz Graf, Obmann der Freiheitlichen Bauernschaft OÖ. Die aktuelle Einleitung eines Volksbegehrens zu diesem Thema verfehlt allerdings

die politische Wirkung, da sich die FPÖ – wie erwähnt – bereits seit mehr als einem Jahrzehnt (und damit vor allen anderen politischen Kräften) für eine durchgängige Herkunftskennzeichnung einsetzt. Der Wortlaut des Volksbegehrens bleibt zudem leider sehr oberflächlich und geht den Freiheitlichen nicht

VOLKSBEGEHREN?

weit genug, sondern fordert von der Bundesregierung nur eine reine Absichtserklärung zur Umsetzung einer – nicht näher definierten – „umfassenden“ Herkunftskennzeichnung. Eine allgemeine Absichtserklärung der ÖVP-Grünen-Bundesregierung zur Einführung einer Herkunftskennzeichnung (auf niedrigerem Niveau) liegt aktuell aber bereits vor – so wird im aktuellen Regierungsprogramm der ÖVP-Grünen-Re-

gierung eine Herkunftskennzeichnung für Lebensmittel angekündigt. Daher läuft ein erfolgreiches Volksbegehren mit dieser bereits verankerten Minimalforderung ins Leere. Die FPÖ kritisiert vor allem, dass der politische Wille zur Umsetzung einer wirklich transparenten Herkunftskennzeichnung (im Sinne der

oben genannten Forderung der FPÖ) bei den Regierungsparteien nicht vorliegt. „Das kann sich nur ändern, wenn die FPÖ auf allen Ebenen entsprechend stark ist, um diese politische Forderung auch tatsächlich umzusetzen“, fasst Franz Graf, als Obmann der Freiheitlichen Bauern OÖ zusammen.



Foto: stock.adobe.com/ somterk

LIVE-MUSIK IM WERKSTATT-BEISL BAD GOISERN

Genieße einen gemütlichen Abend mit Schmanckerln und traditioneller Live Musik jeden Freitag im Werkstatt-Beisl in Bad Goisern am Hallstättersee. Infos über das Beisl im einzigartigen Hof von Schloss Neuwildenstein: werkstattbeisl.at

**GENUSSFREITAG - MOTTO „KÜRBISFEST“ FREI- STADT**

Heuer findet das beliebte Kürbisfest in Freistadt am 17.9. am Hauptplatz statt. Von 12-20 Uhr gibt es einen Standmarkt mit regionalem Kunsthandwerk und Kulinarik, Herbstangebote der Innenstadtbetriebe und natürlich sehr viel Live Musik.

**JEDEN FREITAG BAUERN- MARKT IN BAD HALL**

Seit 19 hat sich der Bad Haller Bauernmarkt in der Eduard-Bach-Straße, inmitten des Ortszentrums, zu einem beliebten Treffpunkt entwickelt. Jeden Freitag bietet der Bauernmarkt eine Vielfalt von köstlichen bäuerlichen Produkten an.



Fotos (3): pixabay.com
Foto: privat

GUTES AUS DER ÖSTERREICHISCHEN KÜCHE**Bauernkrapfen****Zutaten (ca. 25 Krapfen):**

1 kg Weizenmehl (0,5 kg glatt, 0,5 kg griffig)
1 TL Salz
¼ Becher Zucker
1 Packerl Germ
¾ l Milch
¼ Becher Rum
¼ Becher Öl
1 ganzes Ei
3 Dotter
Butterschmalz zum Backen
Staubzucker zum Bestreuen
Marillenmarmelade

Zubereitung:

Milch erwärmen, Germ und Zucker hinzufügen und darin auflösen. Alle Zutaten vermengen und zu einem Teig verkneten. Den Teig ca. eine Stunde an einem warmen Ort zugedeckt rasten lassen, bis sich das Volumen verdoppelt hat. Anschließend den Teig kräftig von Hand kneten und in ca. 25 Teiglinge aufteilen. Die Teiglinge mit griffigem Mehl schleifen, auf ein bemehltes Küchenbrett legen und erneut ca. eine halbe Stunde zugedeckt rasten lassen. Bauernkrapfen formen und in heißem But-



terschmalz schwimmend goldgelb backen. Anschließend die fertig gebackenen Bauernkrapfen auf einem Küchenpapier abtropfen lassen. Vor dem Verzehr mit Staubzucker bestreuen und mit Marillenmarmelade servieren.

Info: Bauernkrapfen werden traditionell zur Erntezeit und zu hohen Festtagen gebacken. Mit selbstgemachter Marillenmarmelade schmecken sie besonders gut!

Guten Appetit!

**MARIAS GOLD IST GUT FÜR SALBE UND TEE:****Die heilsame Ringelblume**

Marygold, Marias Gold, so heißt die Ringelblume auf englisch. Wahrscheinlich kommt der Name nicht von der Blütenfarbe, sondern von ihren Heilkräften. Der deutsche Name stammt hingegen von den geringelten Samen. Die Heilkräfte sind übrigens nicht nur bei den wilden Exemplaren, sondern auch bei den Gartenpflanzen



erhalten geblieben. Als Bestandteil von Heilsalben ist die *Candula officinalis*, wie die Ringelblume botanisch heißt, recht bekannt. Vor allem die wundheilende Wirkung, aber auch die innerliche

Anwendung gegen Magengeschwüre ist bewiesen. Als Kräutertee-Zutat werden die Blütenblätter ebenfalls gern verwendet.

Foto: pixabay.com
Foto: pixabay.com

GESCHICHTE UNSERER REDEWENDUNGEN:**Was ist ein „Pechvogel“?**

Ein „Pechvogel“ sein steht für einen Menschen, der Unglück hat. Nach den Gebrüdern Grimm auch für einen, von dem man glaubt, er bringe Unglück. Die Redewendung ist schon ab 1479 belegt und stammt aus der Vogelstellerei: Einst wurden Singvögel unter Verwendung von mit Leim bestrichenen Hölzern (Leimruten), er-

beutet. Der an der Leimrute klebende Vogel hatte Pech am Gefieder und vermochte nicht mehr zu entkommen. Das Wort „Pech“ war früher ein Synonym für eine klebrige Masse. So wurde etwa auch Baumharz als Pech bezeichnet und der Gamsbock, der viel Harz an den Krucken hat, heißt noch heute ein „Pechbock“.



DIE JÜNGSTEN ASYL-MORDE WAREN ANLASS FÜR LANDTAGSRESOLUTION:

Verschärfung des Asylrechts: Landtag beschließt Resolution an die Regierung

Nachdem erneut ein Mädchen mutmaßlich von Asyl-Afghanen ermordet wurde, hat sich die FPÖ OÖ für eine Verschärfung des Asylrechts eingesetzt.

Wieder einmal musste ein österreichisches Mädchen die völlig verfehlte Migrationspolitik der letzten Jahre mit dem Leben bezahlen. Mit einem strengen Asylrecht hätte die Tat gar nicht begangen werden können. Auf Initiative der oberösterreichischen Freiheitlichen hat der Landtag daher nun eine Resolution an die Bundesregierung für eine Verschärfung des Asylrechts beschlossen.

Im Einzelnen fordert die Resolution, dass: die Errichtung von Asylzentren in Drittstaaten verfolgt wird, sodass das Asylrecht wieder auf den ursprünglichen Gedanken der Genfer Konvention zurückgeführt wird. Die Überprüfung der Gefährdungslage in den Herkunftsländern soll laufend nach objektiven Kriterien erfolgen und Abschiebungen dorthin konsequenter durchgeführt werden. Rechtskräftig Verurteilten soll der Asylstatus im Eilverfahren aberkannt bzw.

eine Weiterführung des Verfahrens versagt werden. Weiters soll die Möglichkeit geschaffen und genutzt werden, laufende Asylverfahren von straffällig gewordenen Schutzsuchenden zu stoppen, sodass die Abschiebung umgehend eingeleitet werden kann.



Foto: fs-media/Schobesberger
Foto: www.freepik.com



NEUE EIGENHEIMFÖRDERUNG:

Jetzt noch leichter zum Eigenheim

Im Bundesländervergleich schneidet das Wohnbau-Resort von Manfred Haimbuchner erstklassig ab. Mit der neuen Eigenheimförderung gelingt der Weg zu den eigenen vier Wänden jetzt noch einfacher. In Zukunft gewährt das Land Oberösterreich einen Zuschuss in Höhe von 10.000 Euro zu einem Darlehen von 75.000 Euro. Das heißt, der Sockelbetrag der Darlehenssumme wurde von 45.000 Euro auf 75.000 Euro erhöht.

LANDESRAT STEINKELLNER: NEUE GÜNSTIGE NETZKARTE WIRD EINGEFÜHRT:

FPÖ OÖ löst weiteres Wahlversprechen ein



Die Einführung einer günstigen Netzkarte war eines unserer Wahlversprechen als FPÖ im Landtagswahlkampf 2015. So Infrastrukturlandesrat Günther Steinkellner.

„Am 26. Oktober startet nun das sogenannte ‚KlimaTicket Österreich‘ als bundesländerübergreifende Netzkarte. Nach wie vor bleibt aber un-

ser Hauptaugenmerk darauf gerichtet, dass der Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes vorangetrieben wird, damit auch möglichst viele

Menschen die neue Netzkarte sinnvoll nutzen können“, so Steinkellner weiter. Generell sei es das Ziel, die Mobilität der Menschen zu verbessern. Dazu zählten neben Angeboten im öffentlichen Verkehr auch viele andere Infrastrukturprojekte seit 2015, die durch die In-

itiative der FPÖ und Steinkellners umgesetzt werden konnten. Beispiele seien etwa der Ausbau von Straßenverbindungen und Donauquerungen, die Rettung der Regionalbahnen und die Modernisierung der Schienen-Infrastruktur im Umfang von rund 80 Millionen Euro. „Im Bereich des öffentlichen Verkehrs geht es also nicht nur um günstige Netzkarten, sondern ganz generell um die Verbesserung des Angebotes. Unsere Vision ist es, mit dem Auto zur Park-and-Ride-Anlage und dann staufrei weiter in die Stadt zu kommen. Wir engagieren uns täglich dafür, dass attraktive Szenarien wie diese Realität werden können. Mit dem neuen Ticket schaffen wir eine günstige Netzkarte für unser Bundesland und über seine Grenzen hinaus. Ohne viele Marketingfeuerwerke haben wir aus Liebe zu unserer Heimat, sechs Jahre hart gearbeitet“, so Steinkellner.



KOMMENTAR
Herwig Mahr

HEIMAT-POLITIK? NUR MIT UNS!

In den vergangenen sechs Jahren wurden in Oberösterreich wegweisende Initiativen auf den Weg gebracht. Zu nennen sind etwa die Neugestaltung der Mindestsicherung, die Verschärfung des Integrationsleitbildes, Deutsch als Voraussetzung für gefördertes Wohnen und auch der Erhalt und die Attraktivierung aller Nebenbahnen sowie Investitionen in die Sicherheitsinfrastruktur. Möglich war dies nur durch die starke Position der FPÖ in Regierungsverantwortung.

Konsequent und konstruktiv arbeiteten wir Freiheitliche Punkt für Punkt unseres Arbeitsabkommens ab. Nach wie vor gilt es viele Herausforderungen zu bewältigen. Vor allem beim Thema Migration, aber auch im Sozialbereich besteht großer Handlungsbedarf.

Unter dem Leitmotiv „Heimat, Leistung, Sicherheit“ sehen wir Freiheitliche es als unsere Pflicht, den eingeschlagenen Weg fortzusetzen. Am 26. September hat es schließlich jeder einzelne Bürger in der Hand, wie es in Oberösterreich weitergehen soll.

Auch wenn es mittlerweile immer mehr Parteien gibt, die langjährige freiheitliche Forderungen unterstützen – nur eine Stimme für die FPÖ garantiert, dass der Erfolgskurs in Oberösterreich in den kommenden Jahren fortgeführt wird. Die FPÖ ist der Garant für die Fortsetzung des vernünftigen Heimat-Kurses in Oberösterreich.

DIE BUNDESREGIERUNG SPIELT IMMER WIEDER AUF ZEIT:

Corona: Rechtsanwälte fordern VfGH-Eilverfahren

Seit Beginn der Corona-Pandemie im März 2020 und der gesetzlichen Verordnungen, die massive Einschnitte in die Grundrechte der Bürger brachten und bringen, hob der Verfassungsgerichtshof (VfGH) insgesamt mehr als 13 dieser Regierungsverordnungen auf.

Von ungesetzlichen Betretungsverboten öffentlicher Orte, über Maskenpflicht, bis zu Datenschutzrechten reichen die Entscheidungen des VfGH. Da es aber in Österreich kein Eilverfahren vor dem VfGH – wie etwa in Deutschland – gibt, haben besorgte Bürger keine Möglichkeit, ein rasches Ende von verfassungswidrigen Verordnungen zu erwirken. So bleibt es bei der zynischen Bemerkung von Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP), im April 2020. Damals wurde er auf teilweise schwerwiegende Fehler in den Covid-Verordnungen hingewiesen. Die

Gesetze und Verordnungen „sind nicht auf Dauer“. Bis eine Überprüfung durch die Höchstgerichte stattgefunden habe, „werden sie nicht mehr in Kraft sein“, so Kurz. Auch wegen dieser Machtarroganz weil die Verordnungswut der Regierung ungebremst ist, wird der Ruf nach der Einführung eines Eilverfahrens nun immer lauter. So plädiert etwa Rechtsanwältin-Präsident Rupert Wolff für ein Eilver-

fahren. Eile sei bei den Corona-Gesetzen zwar „vermutlich angebracht“ gewesen, aber die schnell erlassenen Vorschriften seien teils „lückenhaft und fehlerhaft“ ausgefallen. Im Rechtsstaat habe aber auch in schwierigen Zeiten „Transparenz und Qualität“ in der Gesetzgebung zu gelten. Gesetze und Verordnungen müssten auch in Notzeiten klar festlegen, was erlaubt und was verboten ist.



IMMER WIEDER HEBT
DAS HÖCHSTGERICHT
VERORDNUNGEN DER
REGIERUNG AUF.

Foto: freepik.com

HAIMBUCHNER UND KLINGER: 4-PUNKTE-PLAN:

Blackout-Vorsorge: Erste Erfolge für FPÖ

Landeshauptmann-Stv. Manfred Haimbuchner stellte mit Sicherheitslandesrat Wolfgang Klinger den 4 Ebenen-Plan zur Blackout-Vorsorge vor.

Nicht nur zivile Experten, auch das Bundesheer gehen davon aus, dass es in den nächsten Jahren zu einem Blackout kommen wird. Die FPÖ OÖ hat daher auf dieses Problem hingewiesen und einen Plan vorgestellt, mit dem sie der Blackout-Gefahr begegnen will. Eine ent-

sprechende Landtags-Resolution an den Bund wurde bereits beschlossen. Das hat mittlerweile zu Reaktionen geführt. So haben das Bundesheer und die Gemeinden beschlossen, ihre Zusammenarbeit beim Katastrophenschutz zu intensivieren. Künftig soll in jedem Gemeinderat eine Ansprechperson für das Bundesheer definiert werden. Zudem soll es gemeinsame Übungen geben. Handlungsbedarf sehen Haimbuchner und Klinger bei zersplitterten Kompetenzen.



SOMMERFEST IN WELS:

Initiative Freiheitlicher Frauen

Viele Frauen trafen sich beim Sommerfest der freiheitlichen Frauen in Wels. Als Ehrengast nahm auch Manfred Haimbuchner teil. Besonders interessant und amüsant war der anschließende, öffentlich zugängliche Vortrag von Oskar Kern, der feststellte „die Zukunft ist weiblich“. Es wurde noch gemächlich geplaudert, diskutiert und gelacht. Diese Auszeit vom Alltag hat gut getan!

Foto: Initiative Freiheitlicher Frauen





NATIONALRATSABGEORDNETER A.D.
LUTZ WEINZINGER (1943 - 2021)

GROSSER VERLUST: TRAUER UND BETROFFENHEIT

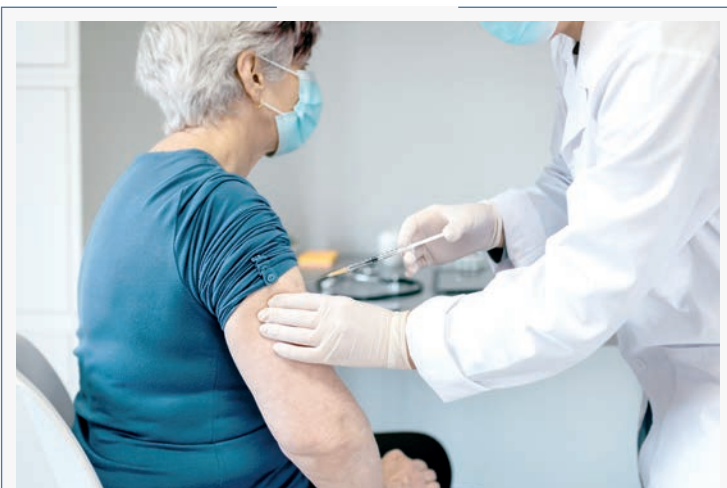
Lutz Weinzinger verstorben

Am 17. August 2021 ist der langjährige öö. FPÖ-Landesparteiobmann Lutz Weinzinger verstorben. Die freiheitliche Gemeinschaft trauert um einen verdienten Freund.

„Mit dem Tod von Lutz Weinzinger verliert die FPÖ einen treuen Mitstreiter und ich persönlich einen väterlichen Freund“, so der Landesparteiobmann der FPÖ OÖ

Manfred Haimbuchner. „Unser Mitgefühl gehören seiner Ehefrau Traudi, seinem Sohn Erhard und der Familie sowie seinen Freunden.“ Bundesparteiobmann Herbert Kickl

erinnerte an die verdienstvolle Rolle Weinzingers als Landeschef: „Gerade in schwierigen Zeiten war er jemand, auf den man sich immer verlassen konnte. Mehr noch, Lutz Weinzinger hat durch seine Standhaftigkeit, Geradlinigkeit und Entschlossenheit für eine Vorwärtsbewegung gesorgt und war damit auch ein Motor der erfolgreichen Entwicklung der Freiheitlichen Partei insgesamt.“ „Die FPÖ wird ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren und wir werden in seinem Sinn für die Menschen, die ihm ein Anliegen waren, seine politische Arbeit fortsetzen“, so Haimbuchner.



FPÖ IST KLAR GEGEN WEITERE CORONA-EINSCHRÄNKUNGEN:

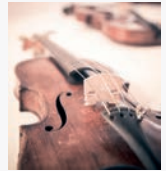
1G ist grundrechtswidrig

Das für November angekündigte Ende der „Wohnzimmertests“ ist ein weiterer Schritt, um Ungeimpfte aus dem öffentlichen Leben auszuschließen. Gleichzeitig will Gesundheitsminister Mückstein die Einführung einer „1G“-Regel und

ist für einen Impfwang. Wer sich bei der höchstpersönlichen Entscheidung der Corona-Impfung gegen eine Impfung entscheidet, soll von türkis und grün aus dem öffentlichen Leben verbannt werden. Das hält die FPÖ für klar grundrechtswidrig.

MUSEUM MECHANISCHE KLANGFABRIK HASLACH

Das Museum für Mechanische Musik zeigt die Entwicklung der Musikinstrumente vom Barock bis Heute. Das Museum kann nur im Rahmen einer Führung besichtigt werden. Weitere Infos für Besucher unter: info@haslach-erleben.at



FREITAGS: VORCHDORFER BAUERMARKT

Jeden Freitag von 14.00 - 17.00 trifft man sich in Vorchdorf um die herrlichen Schmankerl aus der Region fürs Wochenende kaufen zu können. Besonders für Pendler besteht die Möglichkeit, für einen kurzen Besuch - die Autobahn ist nah.



SCHAUSCHWEMMEN AM SCHWEMMKANAL IGLBACH

Der Böhmerwald birgt ein heimliches Weltwunder - den Schwarzenbergischen Schwemmkanal. Am 18. findet ein Schauschwemmen beim Iglbach statt. Der Ort zu Fuß oder mit dem Rad erreichbar! Treffpunkt ist um 13 Uhr in Oberhaag.



Fotos (3): pixabay.com

ZERSTÖRUNG VON FPÖ-WAHLPLAKATEN:

Angriff auf die Demokratie

Der Diskurs ist die Grundlage der Demokratie – und genau damit scheinen viele Linke ein Problem zu haben. Denn seit die Wahlplakate der FPÖ hängen, kommt es regelmäßig zu Vandalismus. Mittlerweile werden Plakate schon mit Malerfarbe und Rollen übertüncht. Schockieren sollte das nicht nur freiheitliche Wähler.



Der Landesgeschäftsführer der FPÖ OÖ, Hubert Schreiner, bilanziert die ersten Gewalttaten: „Ein fairer Wahlkampf sieht anders aus. Für uns Freiheitliche ist ein Wahlkampf der Wettstreit der besseren Ideen mit Sachargumenten. Wer zu derart undemokratischen Mitteln greift, dem fehlen die Sachargumente.“

A close-up portrait of Dr. Manfred Haimbuchner, a man with dark hair and a slight smile, wearing a dark blue suit jacket, a light blue shirt, and a dark blue patterned tie. The background is a blurred outdoor setting with green foliage and a building.

Freiheit regiert.

Nur mit uns.

FPO

Dr. Manfred Haimbuchner
Landeshauptmann-Stv.